

Antragsheft 1

1 Leittrag

2

Antrag L-1 (Mirco Kolarczik, KV Sigmaringen)

Der Leittrag des Landesvorstands wird ohne weitere Befassung und mit allen hierzu gestellten Änderungsanträgen an eine von dem Landesausschuss zu bildende Programmkommission überwiesen, der es obliegt, den Entwurf eines Landeswahlprogramms zu erarbeiten, der den Kreisverbänden mit an gemessener Fristsetzung zur Diskussion vorzulegen ist, ehe ein Landeswahlprogramm abschließend von einem Landesparteitag beschlossen wird. Die Mitglieder des Landesvorstands nehmen sowohl an den diesbezüglichen Sitzungen des Landesausschusses als auch der zu bildenden Kommission mit beratender Stimme teil.

3 10-Punkte-Programm zur Landespolitik in Baden- 4 Württemberg

Antrag L-2 (Linksjugend solid Baden-Württemberg, Franziska Stier)

Streichen: Zeile 5 bis 7 („Das 10-Punkte-Sofort-Programm ... erarbeitet wird“).

5 Das 10-Punkte-Sofort-Programm fixiert Leitlinien der Politik der LINKEN in Baden- 6 Württemberg bis zur Landtagswahl. Es soll gleichzeitig Grundlage und Zielorientierung 7 für das Landeswahlprogramm sein, das 2010 erarbeitet wird.

8 Die Wirtschafts- und Finanzkrise trifft Baden-Württemberg als Automobil- und Exportland be-
9 sonders hart. Ein Drittel der Betriebe der Automobilzulieferindustrie und des Maschinen- und
10 Werkzeugmaschinenbaus befürchtet das wirtschaftliche Aus, fast jeden Tag kündigt ein anderer
11 Betrieb wirtschaftliche Probleme oder gar Massenentlassungen an.

Antrag L-3 (Mirco Kolarczik)

Streichen: „Die Finanzklemme ... vernichtet“ (Zeile 12-15)

12 Die Finanzklemme verschärft die Lage. Die Banken verweigern den Betrieben Kredite oder ver-
13 leihen sie nur zu überhöhten Zinsen, die für viele Betriebe nicht bezahlbar sind. Damit werden
14 die Wertschöpfungsketten gefährdet und industrielle Kerne womöglich unwiederbringlich ver-
15 nichtet.

16 Städte und Gemeinden, durch 25 Jahre neoliberaler Politik geschwächt, geraten durch dramati-
17 sche Einbrüche bei den Gewerbesteuereinnahmen in Finanznöte neuen Ausmaßes. Sie reagieren
18 mit Sparprogrammen,

19 Sozialkürzungen und Personalabbau.

20 Angesichts der steigenden Zahl an Erwerbslosen, Armen und Wohnungslosen sind die Kommu-

21 nen weniger denn je in der Lage ihren Aufgaben für die Gemeinschaft gerecht zu werden. Diesen
22 Trend wird der neue Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Stefan Mappus, gemeinsam mit
23 der schwarz-gelben Bundesregierung durch weitere Steuergeschenke für Unternehmen und Rei-
24 che befördern. Der drohenden Vernichtung zehntausender Arbeitsplätze schaut die Landesregie-
25 rung tatenlos zu.

26 Arbeitsplätze und Lebensqualität lassen sich in Baden-Württemberg nur sichern, wenn jetzt
27 Weichen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung gestellt werden und zugleich für den
28 Erhalt und Ausbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft und im öffentlichen
29 Dienst gesorgt wird!

Antrag L-4 (Linksjugend solid Baden-Württemberg, Franziska Stier)

Zusätzlich einfügen nach Zeile 29:

Weitergehend steht DIE LINKE unverändert für einen Systemwechsel. Eine demokratische, ökologische und friedliche Gesellschaft, welche die Bedürfnisse aller Menschen gleichermaßen befriedigt, wird nur durch die Überwindung des Kapitalismus möglich.

30 Vor diesem Hintergrund fordert DIE LINKE Baden-Württemberg ein 10-Punkte-Sofort-
31 Programm:

Antrag L-5 (Mirco Kolarczik)

Kapitel 1 komplett streichen (Zeile 32-69)

32 **1. Beschäftigung sichern, Arbeitsplätze schaffen und**
33 **Öffentlichen Sektor ausbauen**

34 10-Milliarden-Sofort-Programm

35 **DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:**

- 36 1. Einen Finanzschuttschirm in Höhe von 5 Milliarden Euro für Bürgschaften und Kredite
37 2. Ein Zukunftsprogramm in Höhe von 5 Milliarden Euro

38 **Finanzschuttschirm für Baden-Württemberg**

39 Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Finanzschuttschirm für Baden-Württemberg ein-
40 zurichten. Das Geld soll in einen Landesfonds fließen, der Betrieben zinsgünstige Darlehen und
41 Bürgschaften gewährt. Dieser Fonds von 5 Milliarden Euro soll Ausbildungs- und Arbeitsplätze
42 in den industriellen Kernen des Landes retten und damit gleichzeitig die Handlungsfähigkeit der
43 Kommunen erhalten. Der Landesfonds wird drittelparitätisch durch VertreterInnen der öffentli-
44 chen Hand, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber kontrolliert.

45 **Fünf Milliarden Euro für ein Zukunftsprogramm mit dem Ziel:**

- 46 ★ Die öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken: bereits privatisierter Bereiche der kommunalen
47 Hand zu re-kommunalisieren; den ÖPNV auszubauen; die Gesundheitsversorgung zu ver-
48 bessern; in Schulen zu investieren.

- 49 ★ Den ökologischen Umbau voranzubringen: regenerative Energien und energetische Gebäu-
50 desanierung auszubauen, neue Technologien zu erforschen. Wo sonst, wenn nicht in Baden-
51 Württemberg mit seiner hocheffizienten Forschungslandschaft sind hierfür günstige Bedin-
52 gungen gegeben – noch! Die Konversion der Automobilindustrie oder zumindest erhebli-
53 cher Teile davon in Richtung umweltfreundliche Mobilitätsentwicklung- und Produktion ist
54 voranzutreiben.
- 55 ★ Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu stärken: Kindertagesstätten/Horte ausbauen und
56 die Situation des Betreuungspersonals im Erziehungswesen verbessern.

Antrag L-6 (Carsten Labudda)

In Zeile 58 streichen: „- auch mit staatlicher Unterstützung -“

- 57 ★ Arbeitszeitverkürzung und mehr Demokratie: „Stunden statt Menschen entlassen“. Arbeits-
58 zeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich – auch mit staatlicher Unterstützung – das sichert
59 die Existenz vieler Menschen und ist sinnvoller und humaner als Standortschließungen und
60 Vernichtung von Arbeitsplätzen. In Zukunft müssen wirtschaftsdemokratische Konzepte be-
61 fördert und unterstützt werden. Die Bildung von Wirtschafts- und Sozialräten in den Regio-
62 nen ist ein erster konkreter Ansatz.
- 63 ★ Aktive Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- 64 ★ Erwerbslosen Jugendlichen – allen voran Förder- und Hauptschüler/innen - die über den re-
65 gulären Arbeitsmarkt keinen Ausbildungsplatz bekommen, soll vom Land über eine Ausbil-
66 dungsplatz-Garantie der Zugang zu einer Erstqualifikation ermöglicht werden. Die Zahl der
67 Ausbildungsplätze im öffentlichen Sektor muss erhöht werden. DIE LINKE fordert unver-
68 ändert eine Ausbildungsumlage zur Finanzierung neuer Ausbildungsplätze. Wer nicht aus-
69 bildet muss zahlen.

Antrag L-7 (Linksjugend solid Baden-Württemberg, Franziska Stier)

Zusätzlich einfügen nach Zeile 69:

DIE LINKE Baden-Württemberg wird nach Möglichkeiten suchen, die Rüstungsproduktion im Land zu verbie-
ten. Produktionsstätten von Waffen und anderen Rüstungsgütern müssen geschlossen oder zur zivilen Pro-
duktion umgebaut werden.

70 **2. Die öffentliche Daseinsvorsorge und Finanzkraft**
71 **der Kommunen stärken**

- 72 Gerade in der Krise müssen die Investitionen der Kommunen erhöht werden. Schon jetzt liegt
73 die Personalausstattung im öffentlichen Sektor unter dem europäischen Schnitt liegen. Die Ver-
74 säumnisse bei Bildung, Sozialem und Ökologie gehen zu Lasten der Menschen.

Antrag L-8 (Mirco Kolarczik)

Streichung „DIE LINKE ... zu stellen.“(Zeile 75-77)

75 DIE LINKE Baden-Württemberg fordert, die Finanzierung der Kommunen mit der Einführung
76 einer konjunktur-unabhängigen Gewerbesteuer (Gemeinwohlsteuer) auf eine neue Grundlage zu
77 stellen.

78 Eine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE Baden-
79 Württemberg ebenso ab wie die Beteiligung privater Investoren an öffentlichen Investitionen.
80 Bereits privatisierte Einrichtungen und Betriebe müssen rekommunalisiert werden. Die im
81 schwarz/gelben Koalitionsvertrag anvisierte Abschaffung der Umsatzsteuerbefreiung für öffent-
82 liche Betriebe kommt für DIE LINKE Baden-Württemberg nicht infrage.

83 DIE LINKE Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat gegen das Wirt-
84 schaftsbeschleunigungsgesetz und gegen die für 2011 vorgesehene Steuerreform zu stimmen. Sie
85 gehen zu Lasten der Landes- und Kommunalfinanzen.

86 **3. Armut bekämpfen – Reichtum begrenzen**

87 Das Armutsrisiko in Baden-Württemberg steigt - vor allem für alleinerziehende Eltern,
88 Migrantenfamilien, Seniorinnen und Kinder. 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen, da-
89 von lebt ungefähr die Hälfte von Hartz IV. Jedes achte Kind unter sieben Jahren ist von Armut
90 bedroht. Die Zahl der Erwerbslosen, der Hartz IV-EmpfängerInnen und derer, die von ihrem
91 Einkommen nicht leben können, nimmt zu. Wohnungslosigkeit, Überschuldung, fehlende
92 Gesundheitsfürsorge und soziale Ausgrenzung drohen. Armut macht krank. Armut grenzt aus.
93 Armut macht perspektivlos.

94 Die Landesregierung lehnt die Erstellung eines Armutsbericht weiter ab. Stattdessen droht der
95 neue Ministerpräsident Mappus zum Beispiel Eltern mit Sanktionen, die ihren Kindern kein Pau-
96 senbrot mitgeben. DIE LINKE Baden-Württemberg dagegen bekämpft nicht die Armen, sondern
97 die Armut! Auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und
98 außerparlamentarischen Initiativen dafür ein, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht
99 weiter auseinander geht. Hartz IV muss weg, eine bedarfsgerechte Grundsicherung und ein ge-
100 setzlicher Mindestlohn müssen her.

101 Eine Umverteilung von oben nach unten tut Not. Erster wichtiger Schritt dahin ist die Millio-
102 närsteuer – auch, damit Kommunen eine bessere finanzielle Ausstattung für Soziales und Bil-
103 dung erhalten.

104 **Sofortprogramm gegen Armut:**

105 ★ Das menschenunwürdige Hartz IV-System, das Armut und Erniedrigung produziert,
106 muss abgeschafft werden. In Baden-Württemberg muss der Druck auf Jobcenter und So-
107 zialämter, Sanktionen gegen die Leistungsberechtigten auszuüben, zurückgenommen
108 werden.

109 ★ Die Kommunen müssen ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Geringverdienende, Al-
110 leinerziehende und kinderreiche Familien schaffen. Bund und Land sollen einen höheren
111 Anteil bei den Kosten für Unterkunft übernehmen. Die Kommunen brauchen Entlastung,
112 damit sie ihren Aufgaben der Daseinsvorsorge nachkommen können.

- 113 ★ Ein landesweites Sozialticket soll Menschen mit geringem Einkommen der Zugang zu
114 Mobilität, zu Bildung, Kultur und Sport in Baden-Württemberg ermöglichen.

Antrag L-9 (Carsten Labudda)

Streichen: „Eine humane .. angeboten werden.“ (Zeile 115-116) und ersetzen durch:

Wir wollen flächendeckend an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Angebote an Gesundheits- und Pflegedienstleistungen in öffentlicher Trägerschaft.

- 115 ★ Eine humane Gesundheits- und Pflegepolitik muss flächendeckend und in öffentlicher
116 Trägerschaft angeboten werden.
- 117 ★ Die Landespolitik soll durch ein Vergabegesetz garantieren, dass alle öffentlichen Auf-
118 träge von Bund, Ländern und Kommunen an die Einhaltung von tariflichen, sozialen und
119 ökologischen Standards gebunden werden. Niedriglöhne, 400 Euro-Jobs und Leiharbeit
120 müssen zurückgedrängt und durch tarifgebundene Arbeitsplätze ersetzt werden. Es darf
121 zum Beispiel nicht sein, dass der Verdienst Alleinerziehender in sozialen Berufen im öf-
122 fentlichen Bereich zum Leben nicht ausreicht.

123 **4. Kein Boden für Rassismus und Neofaschismus**

124 Auch in Baden-Württemberg nehmen rassistische, antisemitische und neofaschistische Aktivitä-
125 ten und Übergriffe zu. Die „Jungen Nationaldemokraten“ haben seit 2005 in Baden-
126 Württemberg ihre Mitgliederzahl verdoppelt, mit den „autonomen Nationalisten“ ist eine neue,
127 gewaltbereite Jugendorganisation entstanden. Die Landesregierung verfolgt und bestraft statt der
128 neofaschistischen Gewalttäter die antifaschistische Gegenwehr und fördert unter anderem das
129 „Studienzentrum Weikersheim“, dem eine Scharnierfunktion zwischen Rechtskonservativen und
130 Rechtsextremisten zukommt.

131 **DIE LINKE Baden-Württemberg fordert**

- 132 ★ Das antifaschistische Engagement zu unterstützen statt es zu behindern!
- 133 ★ Den Faschismus im Geschichtsunterricht aufzuarbeiten und die Arbeit der Gedenkstät-
134 teninitiativen aufzuwerten und zu fördern
- 135 ★ Verbot und Auflösung aller neofaschistischen Vereinigungen

Antrag L-10 (Linksjugend solid Baden-Württemberg, Franziska Stier)

Zusätzlich einfügen nach Zeile 135:

Verbot und Auflösung des Landesamts für Verfassungsschutz. Beendigung der Zusammenarbeit zwischen Landesamt für Verfassungsschutz und Nazi-Organisationen. Abschalten aller „V-Leute“.

Antrag L-11 (KV Stuttgart)

Streichung „durch das Landesamt für Verfassungsschutz.“(Zeile 137) und Ersatz durch:

Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz

- 136 ★ Beendigung der Überwachung antifaschistischer und linker Initiativen, Verbände und
137 Parteien durch das Landesamt für Verfassungsschutz.

138 5. Gleichberechtigung von Frauen durchsetzen

139 Von der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sind wir auch in Baden-Württemberg weit
140 entfernt. Das Leben von Frauen ist strukturell bestimmt von schlechteren Chancen zur eigenen
141 Lebenssicherung, von ungerechter Entlohnung, von weniger Teilhabe an Entscheidungen in
142 Wirtschaft, Politik und anderen Gesellschaftsbereichen sowie von der Bedrohung durch Gewalt.

143 **Die Linke Baden-Württemberg fordert, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern**
144 **zu konkretisieren und umzusetzen sowie alle Formen von Gewalt gegen Frauen zu be-**
145 **kämpfen durch:**

Antrag L-12 (Carsten Labudda)

VOM LANDESVORSTAND ÜBERNOMMEN

Streichen: Zeilen 146-147 und ersetzen durch:

Mindestens die Hälfte aller Positionen im Zuständigkeitsbereich des Landes Baden-Württemberg sollen mit Frauen besetzt werden.

- 146 ★ Besetzung aller Positionen im Zuständigkeitsbereich des Landes Baden-Württemberg mit
147 einer Quote von 50 Prozent Frauen.

Antrag L-13 (KV Stuttgart)

VOM LANDESVORSTAND ÜBERNOMMEN

Nach Zeile 147 ergänzen:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

- 148 ★ Einrichtung von Landesprogrammen zur beruflichen Förderung speziell von Frauen, die
149 auf dem Arbeitsmarkt Nachteile erfahren, zum Beispiel Frauen mit Migrationshinter-
150 grund oder Frauen nach der Familienphase.
- 151 ★ Die flächendeckende Einrichtung, den Erhalt und Ausbau von Gleichstellungs- und Bera-
152 tungsstellen (Themen u.a.: Berufswahlorientierung für Mädchen, Chancen für Frauen mit
153 Migrationshintergrund, Ausarbeitung und Durchsetzung von Gleichstellungsprogram-
154 men).
- 155 ★ Gesicherte Finanzierung von Frauenhäusern sowie die unbürokratische, ortsungebundene
156 und zuzahlungsfreie Aufnahme von Frauen und Kindern in Not; Aufstockung der Mittel
157 für Einrichtungen gegen Gewalt an Frauen; Verstärkung der Hilfen für Frauen und Mäd-
158 chen mit Migrationshintergrund.

159 ★ Umfassendes Konzept zur Gewaltprävention unter Einbeziehung des Bildungswesens.

160 **6. Vielfalt der Lebensweisen fördern – Diskriminie-** 161 **rung bekämpfen**

162 Beruf und Familienarbeit müssen für Frauen und Männer endlich vereinbar werden. Bis heute
163 stützt und fördert nicht nur die konservative Regierung traditionelle Geschlechterrollen und ein
164 Familienmodell aus Vater, Mutter und Kind, bei dem die Frau die Hauptlast der Familienarbeit
165 trägt.

166 Neue Rollenmodelle und eine Vielfalt an Lebensweisen müssen gesellschaftlich gefördert und
167 auf rechtlicher, kultureller und politischer Ebene gleichgestellt werden. Alternative Wohnkon-
168 zepte sollen mehr Beachtung zum Beispiel durch Förderprogramme erhalten.

Antrag L-14 (KV Stuttgart)

VOM LANDESVORSTAND ÜBERNOMMEN

*Zeilen 169-178 komplett in das Kapitel 4 „Kein Boden für Rassismus und Neofaschismus“ verschieben
(nach Zeile 137 einfügen), da es dort besser passt.*

169 Baden-Württemberg ist ein Einwanderungsland! MigrantInnen aus aller Welt sind selbstver-
170 ständlicher Teil des gesellschaftlichen Lebens und der kulturellen Vielfalt dieses Landes. DIE
171 LINKE bekämpft Rassismus, Vorurteile, Benachteiligung und Gewalt gegen Menschen mit Mig-
172 rationshintergrund auf allen Ebenen.

173 DIE LINKE tritt ein für eine Humanisierung des Bleiberechtes für Mitbürger ein, die bislang oh-
174 ne feste Aufenthaltserlaubnis sind. Die unmenschliche Abschiebepolitik des Landes muss been-
175 det, Einbürgerung muss erleichtert werden. Die Landesregierung darf eine Entschärfung der gel-
176 tenden "Altfallregelung" (wer kein Arbeitsverhältnis nachweist, muss gehen) im Bundesrat nicht
177 weiter blockieren. DIE LINKE tritt dafür ein, über eine Bundesratsinitiative das kommunale
178 Wahlrecht auf hier lebende Nicht-EU-BürgerInnen auszuweiten.

179 Die Behindertenpolitik des Landes muss „inclusiv“, das heißt auf allen Ebenen und von Anfang
180 an selbstverständlich integrierend, gestaltet werden. DIE LINKE Baden-Württemberg fordert,
181 die UN Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen schnell und nachhaltig
182 umzusetzen. Sie ist an den „Barcelona-Kriterien“ auszurichten. Diese betreffen Bildung, Arbeit,
183 ÖPNV und die selbstbestimmte Teilhabe am öffentlichen Leben, auch auf kommunaler Ebene.
184 Vieles kann nur auf Landesebene umgesetzt werden. Bisher fehlt in Baden-Württemberg ein
185 Konzept zur Umsetzung der UN Konvention.

Antrag L-15 (Carsten Labudda)

VOM LANDESVORSTAND ÜBERNOMMEN

Nach Zeile 185 neu einfügen:

Die Drogenpolitik des Landes Baden-Württemberg muss weg von der vornehmlich diskriminierenden und bestrafenden Ausrichtung. Durch den an der Realität orientierten und akzeptierten Ansatz der Schadensminimierung lassen sich die Probleme in diesem Bereich weitaus besser mildern, ohne hunderttausende Menschen in Baden-Württemberg zu kriminalisieren.

186 **7. Gleiche Chancen für alle Kinder!**

187 Mit dem Begriff „Kinderland Baden-Württemberg“ gaukelt die Landesregierung eine Idylle vor,
188 während sich die Lebensbedingungen vieler Kinder und Jugendlicher verschlechtern. Kinder zu
189 haben bedeutet in unserem Musterländle nach wie vor ein um ein vielfach erhöhtes Armutsrisi-
190 ko. In Zukunft will die Landesregierung noch mehr Kosten auf die Erziehenden abwälzen. Das
191 ist soziale Auslese pur und richtet sich gegen die Kinder, die Förderung am nötigsten haben.

192 **Deshalb fordert die LINKE Baden-Württemberg:**

- 193 ★ Die Kleinkindbetreuung muss entsprechend dem Bundes-Kinder-förderungsgesetz vom
194 April 2008 bis zum Jahr 2013 planmäßig und ohne Abstriche ausgebaut werden. Integra-
195 tion fängt im frühen Alter an. Je früher ein Kind in eine Krippe geht, desto besser sind
196 seine späteren Bildungschancen. Die Chancen für Kinder aus sozial benachteiligten
197 Schichten und aus Migrantenfamilien müssen verbessert werden.
- 198 ★ Die Kleinkindbetreuung muss zu Öffnungszeiten erfolgen, wie sie die Eltern benötigen.
199 Dies darf nicht auf Kosten von Kindergartenplätzen gehen.
- 200 ★ Verkleinerung der Kita-Gruppen, um eine wirklich kindgerechte Betreuung zu gewähr-
201 leisten und ErzieherInnen zu entlasten.
- 202 ★ Um gegen die Zunahme der Kinderarmut im Land vorzugehen, tritt die LINKE für ge-
203 bührenfreie Kita-Plätze ein und wendet sich gegen jede Erhöhung der Kita-Gebühren.
- 204 ★ Die Linke setzt sich für qualifiziertes Personal durch Studium und Weiterbildung ein.
205 Das gilt besonders für die Sprachfördermaßnahmen in Kitas.
- 206 ★ Der beschlossene Orientierungsplan muss umgesetzt werden. Dazu gehört, dass die Lan-
207 desregierung die Kosten trägt und die Kita-Zuschüsse nicht mehr einfriert (seit 2002).

208 **8. Bildung**

Antrag L-16 (Linksjugend solid Baden-Württemberg, Franziska Stier)

Das komplette Kapitel „8. Bildung“ (Zeile 208-238) streichen und ersetzen durch:

Die andauernden Proteste der SchülerInnen und Studierenden Baden-Württembergs zeigen deutlich, dass wir nicht umhin kommen, die bildungspolitische Systemfrage zu stellen. Die Agenda der Landesregierung zielt im Kern auf die Konservierung von Statusprivilegien, die sich seit hunderten von Jahren in der Mehrgliedrigkeit des Schulwesens ausdrückt. Mittels Elitenförderung, Bildungsgebühren und des Outsourcings von Bildungsleistungen werden in großem Umfang Verlierer erzeugt, um wenige Gewinner hervorzubringen. Durch die frühe Selektion ab der 4. Klasse, wird der zukünftige Lebensweg vorweggenommen. MigrantInnen, Menschen mit Behinderungen, und Kinder aus bildungsfernen Schichten verlieren damit in den meisten Fällen die Chance auf höherwertige Bildungsabschlüsse. Unser Ziel ist und bleibt die „Schule für alle“ als Gemeinschaftsschule im Ganztagesbetrieb. Dies setzt umfangreiche Investitionen und eine dauerhafte Anhebung des Bildungsetats voraus. Nur auf diese Weise kann das Bildungswesen die Integrationsleistung erbringen, die notwendig ist, um das Menschenrecht auf Bildung und Chancengleichheit zu gewährleisten. Zudem muss die Relation

von Lehrenden zu Lernenden, sowie interdisziplinäre sozial-psychologische Betreuung massiv verbessert werden.

Der Exzellenzwettbewerb und die Bachelor-Master-Modularisierung in ihrer momentanen Ausformung schaden den Hochschulen. Zudem muss der Verschulung und Ökonomisierung der Hochschulbildung Einhalt geboten werden. Unser vordringlichstes Ziel ist zudem die Abschaffung jeglicher Bildungs- und Studiengebühren.

Schule und Hochschule sind Lebensraum und müssen für Lernende gestaltbar sein. Das beinhaltet zuallererst ein ganzheitliches Bildungskonzept ohne Selektion, stattdessen mit Mitbestimmung und einer verfassten SchülerInnen- und Studierendenschaft. Bildung muss den Menschen als Ganzes zu einem mündigen Individuum qualifizieren. Die einseitige Orientierung auf die ökonomische Verwertbarkeit des Menschen durch die Veredelung seiner Arbeitskraft ist falsch.

▫ Gesetzliche Verankerung der Gebührenfreiheit von Bildung - von der Kinderkrippe bis zur Hochschule, inklusive Lehr- und Lernmittelfreiheit sowie kulturelle und sportliche Angebote. Dazu gehört auch eine kostenlose Mahlzeit für Schulpflichtige. Keine Verschuldung für das Studium wie im derzeitigen BAFöG.

▫ Weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem! Wir fordern eine Umstrukturierung der Schulen zu integrativen Gemeinschaftsschulen im Ganztagschulmodell. Statt Selektion und ständiger Nachverdichtung von Lehrplänen, leistungsorientierter Kopfnote und Sanktionen fordern wir das gemeinsame solidarische und soziale Lernen in kleinen Klassenverbänden.

▫ Die Linke tritt der Verkürzung von Schul- und Studienzeiten entschieden entgegen. Wir fordern die Rückgängigmachung des G8 und setzen uns für eine Entzerrung des Studiums ein.

▫ Wir setzen uns für die vollständige Integration von Behinderten in den Regelschulbetrieb ein. Dazu bedarf es kleinerer Klassen und sonderpädagogischer Unterstützung. Durch Schaffung von entsprechenden Voraussetzungen soll dabei möglichst vielen Behinderten die Integration ermöglicht werden. Art. 28 der auch für Baden-Württemberg verbindlichen UN-Charta über die Rechte von Menschen mit Behinderungen muss schnellst möglich umgesetzt werden.

▫ Statt Schmalspurausbildung durch Erstqualifikation fordern wir ein ganzheitliches und umlagefinanziertes duales Ausbildungssystem.

▫ DIE LINKE fordert die Abschaffung des Bachelor-Master-Studiums in seiner derzeitigen Form. Kurzfristig muss der Zugang zu einem Masterstudiengang für alle Bachelor AbsolventInnen ermöglicht werden.

- DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft, ein allgemeinpolitisches Mandat sowie die paritätische Besetzung aller Schul- und Hochschulgremien.

▫ Keine Einflussnahme fremder Interessengruppen wie Kirche, Wirtschaft oder Parteien auf das Bildungswesen.

▫ Der verpflichtende Religionsunterricht ist durch einen verpflichtenden Ethikunterricht zu ersetzen. Konfessioneller Religionsunterricht ist als freiwilliges Zusatzangebot vorzuhalten.

▫ Die Trennung von Staat und Kirchen ist eine große Errungenschaft. Wir fordern die Entfernung von Kreuzfixen aus den Klassenzimmern.

▫ Private Bildungsträger dürfen das staatliche Bildungswesen nicht verdrängen. Bildung ist als Aufgabe der öffentlichen Hand zu begreifen, und darf nicht privatisiert werden.

▫Wir fordern das Recht auf Bildungsurlaub für jede und jeden.

▫Wir fordern eine Demokratisierung der Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten. Eine umfassende Mitbestimmung der Lernenden ist in unserer Vorstellung einer freien und selbstbestimmten Bildung unverzichtbar.

Antrag L-17 (Ute Mörbe, Linksjugend solid Baden-Württemberg, Franziska Stier)

In Zeile 212 nach „Desaster“ zusätzlich einfügen:

Behinderte werden häufig in Förderschulen aus dem allgemeinen Schulsystem ausgegrenzt.

209 Das Bildungssystem ist weder kinderfreundlich noch gerecht oder effektiv. Auch und gerade in
210 Baden-Württemberg befördert es soziale Ungleichheit. Das Festhalten der CDU-FDP-
211 Landesregierung am dreigliedrigen Schulsystem bewirkt ein bildungspolitisches und gesell-
212 schaftliches Desaster. Das muss schnellstmöglich beendet werden.

213 An den Schulen nehmen psychische Erkrankungen, Gewalt und Selbstmordgefährdungen zu. Ur-
214 sache davon ist auch eine Bildungspolitik, die schon in Kindesalter auf Druck und Selektion setzt
215 und gerade jene Kinder ohne Unterstützung lässt, die sie dringend bräuchten. Das neue Konzept
216 der Werkrealschule stellt keine Alternative zur Hauptschule dar, sondern soll die geplante
217 Schließung von 60 Prozent der Hauptschulen als Fortschritt verkaufen.

218 Der Bereich der Hochschulen in Baden-Württemberg ist gekennzeichnet von einer Verschulung
219 des Studiums, von der Verengung der Wahlfreiheit und von überfüllten Hörsälen. Anstatt der
220 Freiheit von Lehre und Forschung herrschen Studiengebühren und Abhängigkeit von der Wirt-
221 schaft.

Antrag L-18 (Ute Mörbe, Linksjugend solid Baden-Württemberg, Franziska Stier)

Nach Zeile 221 zusätzlich einfügen:

Baden-Württemberg ist eines von vier Bundesländern, die keinen gesetzlichen Bildungsurlaub für Arbeitneh-
mer haben.

222 **DIE LINKE Baden-Württemberg fordert**

Antrag L-19 (Markus Jakovac)

Streichen: Zeilen 223-236 und ersetzen durch:

die wohnortnahe, soziale Gemeinschaftsschule, in der alle Kinder soziale Kompetenz vermittelt bekommen. Statt Konkurrenzprinzipien soll solidarisches Verhalten im Schulalltag gelebt werden. Entsprechende reformpädagogische Ansätze müssen in Regelschulen breiteren Raum einnehmen.

Kleinere Klassen in allen Schularten! Schulsozialarbeit, Lernmittelfreiheit vom Malstift bis zum Buch! Neben Mittagessen sind kostenlose sportliche, kulturelle- und Freizeit- Angebote für alle Kinder an allen Schulen des Landes mittelfristig einzurichten.

Weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem! Wir fordern eine Umstrukturierung der Schulen zu integrativen Gemeinschaftsschulen im Ganztagschulmodell. Statt Selektion und zunehmenden Leistungsdruck fordern wir

die Abschaffung aller Noten sowie die Entschlackung der Lehrpläne. Bildung ist als Aufgabe der öffentlichen Hand zu begreifen, und darf nicht privatisiert werden.

Statt zu frühem Aufstehen und 45-Minuten-Takt wollen wir das starre Klassen- und Fächersystem überwinden. Die Lehrpläne sind inhaltlich den realen Bedürfnissen der Schüler, sowie an den Bedarfen der ganzen Gesellschaft auszurichten.

Wir setzen uns für die vollständige Integration von Behinderten in den Regelschulbetrieb ein. Durch Schaffung von entsprechenden Voraussetzungen wie z.B. sonderpädagogischer Unterstützung soll dabei möglichst vielen Behinderten die Integration ermöglicht werden.

DIE LINKE tritt der Verkürzung von Schul- und Studienzeit entschieden entgegen. Wir fordern die Rückgängigmachung des G8 und setzen uns für eine Entzerrung des Studiums ein. Dabei fordern wir die Abschaffung des Bachelor-Master-Studiums in seiner derzeitigen Form und den Ausstieg aus dem sog. "Bologna-Prozess". Kurzfristig muss der Zugang zum Masterstudiengang für alle Bachelor Absolventen ermöglicht werden.

DIE LINKE möchte die soziale Öffnung der Hochschulen sowie selbstbestimmtes Lernen und Forschen zu fördern. Das geht nur mit Gebührenfreiheit, Abschaffung der sog. "Regelstudienzeiten" und mehr Lehrpersonal!

Wir fordern die Wiedereinführung einer verfassten Studierendenschaft mit allgemeinpolitischem Mandat, sowie die paritätische Besetzung aller Schul- und Hochschulgremien. Die externen Wirtschaftsvertreter in den Hochschulräten müssen entfernt werden.

Die Einflussnahme fremder Interessengruppen wie Kirche, Wirtschaft oder Parteien auf das Bildungswesen muss unterbunden werden! Der verpflichtende Religionsunterricht ist durch einen verpflichtenden Ethikunterricht zu ersetzen. Konfessioneller Religionsunterricht ist als freiwilliges Zusatzangebot vorzuhalten.

Statt Schmalspurausbildung durch Erstqualifikation fordern wir ein ganzheitliches und umlagefinanziertes duales Ausbildungssystem.

Antrag L-20 (KV Sigmaringen)

Streichung „die wohnortnahe ... lernen können“ (Zeile 223-224) und Ersatz durch:

eine Schule für alle in der alle Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam mit umfassender Ausstattung für die individuelle Förderung lernen, inkl. Lehr- und Lernmittelfreiheit.

- 223 ★ die wohnortnahe, soziale Gemeinschaftsschule, in der alle Kinder mit gleichen Chancen
224 lernen können. Die Schule soll soziale Kompetenz und gewaltfreie Kommunikation ver-
225 mitteln.
- 226 ★ kleinere Klassen in allen Schularten! Reformpädagogische Ansätze müssen in Regel-
227 schulen breiteren Raum einnehmen.

Antrag L-21 (Ute Mörbe, Linksjugend solid Baden-Württemberg, Franziska Stier)

Nach Zeile 227 zusätzlich einfügen:

Behinderte Schülerinnen und Schüler werden schrittweise in die Regelschulen integriert, unterstützt, durch Verkleinerung der Klassen und sonderpädagogischer Unterstützung. Durch Schaffung von entsprechenden Voraussetzungen sollen dabei möglichst vielen Behinderten die Integration ermöglicht werden. Art. 28 der auch für Baden-Württemberg verbindlichen UN-Charta über die Rechte von Menschen mit Behinderungen muss schnellst möglichst umgesetzt werden.

Antrag L-22 (KV Sigmaringen)

Streichung „Schulsozialarbeit ... anzubieten“ (Zeile 228-229) und Ersatz durch:

Kostenloses gesundes Schulesen für alle Kinder. Dieses Konzept wollen wir sofort und nicht über den Weg der Abschaffung der Hauptschule oder der Einführung von Verbandsschulen umsetzen.

- 228 ★ Schulsozialarbeit, Lernmittelfreiheit, Mittagessen, sportliche und kulturelle Angebote
229 sind als kostenlose Angebote für alle Kinder an allen Schulen des Landes anzubieten.
- 230 ★ Die verbindliche Grundschul-„Empfehlung“ nach der vierten Klasse muss weg.
- 231 ★ DIE LINKE unterstützt Kommunen und Elterninitiativen, die sich für wohnortnahe Ge-
232 meinschaftsschulen einsetzen.
- 233 ★ Der Einfluss der Wirtschaft auf die Universitäten muss zurückgenommen werden. Dage-
234 gen ist die soziale Öffnung der Hochschulen sowie selbstbestimmtes Lernen und For-
235 schen zu fördern. Das geht nur mit Gebührenfreiheit und einer aktiven, verfassten Studie-
236 rendenschaft sowie mehr Lehrpersonal.

Antrag L-23 (Ute Mörbe, Linksjugend solid Baden-Württemberg, Franziska Stier)

Nach Zeile 236 als eigenen Unterpunkt einfügen:

Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer zur beruflichen und politischen Bildung, den es in 12 anderen Bundesländern seit langem gibt.

Antrag L-24 (Thomas Haschke, Fredirico Elwing, Bernd Luplow, Thomas Misch, LAG Frieden, Michael Schwarz)

Nach Zeile 236 als eigenen Unterpunkt einfügen:

DIE LINKE Baden-Württemberg lehnt den Kooperationsvertrag von Bundeswehr und Kultusministerium ab. DIE LINKE meint: die Bundeswehr hat in Schulen und Hochschulen nichts zu suchen! Den Schülerinnen und Schülern sollen humane Weltansichten vermittelt werden, anstatt sie auf Kriege einzustimmen.

- 237 **DIE LINKE Baden-Württemberg unterstützt die Proteste von SchülerInnen und Studie-**
238 **renden für bessere Bildungsbedingungen auf allen Ebenen.**

Antrag L-25 (Linksjugend solid Baden-Württemberg, Franziska Stier)

Das komplette Kapitel 8 (Bildung) rückt im Leitantrag nach vorne und wird zum Kapitel 2.

DER LANDESVORSTAND EMPFIEHLT ALS ALTERNATIVE EIN VORRÜCKEN ALS KAPITEL 4.

239 **9. Umwelt/Energie**

240 Der Umbau zur ressourcensparenden und ökologischen Produktions- und Lebensweise ist im
241 hochindustrialisierten Baden-Württemberg das Gebot der Stunde. Die Orientierung der Landes-
242 regierung auf exportorientiertes Wachstum ohne Rücksicht auf die natürlichen Ressourcen hat
243 massive ökologische und energetische Probleme zur Folge. Die fast uneingeschränkte politische
244 Vorfahrt für den motorisierten Individualverkehr hat in Baden-Württemberg eine notwendige
245 ökologische Modernisierung ausgebremst. Das Festhalten an Prestigeprojekten verhindert den
246 Ausbaus des ÖPNV in der Fläche. Die Forderung der Landesregierung nach Verlängerung der
247 Laufzeiten für Atomkraftwerke ist unverantwortlich und richtet sich gegen den Mehrheitswillen
248 der Baden-WürttembergerInnen.
249 DIE LINKE Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, die großen Entwicklungspotentiale des
250 Landes – von der dezentralen Wärmeerzeugung über umweltfreundliche Technologie bis zur
251 ökologischen Landwirtschaft – endlich zu fördern. Auch gilt es, eine demokratisch Kontrolle
252 über die Energiewirtschaft herzustellen, um das Prinzip der Gemeinwohlorientierung in Verbin-
253 dung mit sozial-ökologischer Verantwortung durchzusetzen. Eine Senkung des Energiever-
254 brauchs auf allen Ebenen ist vorrangiges politisches Ziel.

Antrag L-26 (KV Mannheim)

Nach Zeile 254 einfügen:

Die Industrie und die Energiewirtschaft in Baden-Württemberg haben eine globale Verantwortung für die von ihr verursachte Umweltverschmutzung und die sozialen und ökonomischen Umstände, unter denen ihre Rohstoffe gefördert oder produziert werden.

255 **DIE LINKE Baden-Württemberg fordert**

- 256 ★ Den Ausstieg aus der Atomkraft und ein Ende der Nutzung fossiler Energieträger zur
257 Stromherstellung.
- 258 ★ Wirkungsvolle Sanktionen gegen Preisabsprachen auf dem Energiemarkt.
- 259 ★ Die ENBW als größter baden-württembergischer Energiekonzern muss demokratisch
260 kontrolliert werden und Energie- und Wasserversorgung ist vollständig zu
261 rekommunalisieren. Die Möglichkeiten der dezentralen kommunalen Energieversorgung
262 sind zu fördern.
- 263 ★ Eine regionale Land- und Forstbewirtschaftung, die mittels ökologisch-nachhaltiger
264 Kreislaufwirtschaft Kulturlandschaften schützt, artgerechte Tierhaltung gewährleistet und
265 gesunde Lebensmittel produziert. Gentechnik, Chemiecocktails und Breitbandantibiotika
266 haben auf unseren Feldern und Höfen nichts zu suchen.

Antrag L-27 (Markus Jakovac)

Nach Zeile 266 neu einfügen:

DIE LINKE möchte innerhalb der nächsten 10 Jahre beginnen, die Umwandlung von 10 Prozent der Landesfläche in naturnahe Räume ohne wirtschaftliche Ausnutzung zu erreichen. Vor allem sollen Forstflächen (derzeit knapp 40 % der Landesfläche) aus jeder forstlichen Nutzung genommen und stellenweise überflüssige hochsubventionierte

landwirtschaftliche Flächen stillgelegt werden. Besonders dringend ist dies zum langfristigen Schutz von Klimaregulierung, Wasserversorgung und Artenvielfalt im Rahmen des Klimawandels.

- 267 ★ Den konsequenten Ausbau des ÖPNV und des Schienenverkehrs. Dieser muss
268 barrierefrei und perspektivisch kostenlos angeboten werden. Öffentliche Investitionen in
269 ÖPNV, Bahninfrastruktur und alternative Verkehrsangebote wie Car-Sharing fördern den
270 sozial-ökologischen Umbau des Landes und schaffen dauerhaft Arbeitsplätze.

271 **10. Demokratie**

272 Der Staat steht heute den Menschen zunehmend als Widersacher gegenüber. Er macht sie zu
273 Bittstellern in Bezug auf eigene Rechte und Informationen, misstraut ihnen und lässt sie bei poli-
274 tischen Entscheidungen außen vor. In Baden-Württemberg sind die Formen der demokratischen
275 Entscheidung in besonderer Weise eingeschränkt.

276 **DIE LINKE Baden-Württemberg fordert**

Antrag L-28 (Carsten Labudda)

VOM LANDESVORSTAND ÜBERNOMMEN

In Zeile 277 nach „Landesverfassung“ neu einfügen:

, Landkreis-

- 277 ★ Die Möglichkeiten von Volksbegehren und Volksentscheiden in Landesverfassung und
278 Gemeindeordnung deutlich auszuweiten. Dazu ist eine Senkung der Quoren, eine Aus-
279 weitung der Zulässigkeitsregeln sowie eine Beratungspflicht gegenüber Initiatoren not-
280 wendig.
- 281 ★ Beschäftigte und Betroffene in politische Entscheidungen konsequent einzubeziehen z.B.
282 in Form von Bürgerhaushalten oder Beschäftigten-/Betroffenen-Beiräten. Das Selbstbe-
283 stimmungsrecht der Kommunen gehört gestärkt, die Amtszeit der BürgermeisterInnen
284 verkürzt und die Direktwahl der Landräte eingeführt.

Antrag L-29 (Linksjugend solid Baden-Württemberg, Franziska Stier, Adrian Furtwängler)

Zusätzlich einfügen nach Zeile 284:

DIE LINKE fordert die Herabsetzung des Wahlalters für Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre.

Antrag L-30 (Linksjugend solid Baden-Württemberg, Franziska Stier)

Zusätzlich einfügen nach Zeile 284:

Demokratische Rechte für Migrantinnen und Migranten. Aktives und passives Wahlrecht für alle in Baden-Württemberg lebenden Menschen.

- 285 ★ Ein Versammlungsrecht zu schaffen, das zu öffentlicher Meinungsäußerung und demo-
286 kraschem Protest ermutigt statt zu kontrollieren und einzuschüchtern.

Antrag L-31 (KV Mannheim)

Zeile 285-286 ändern in:

Für eine lebendige Demokratie ist das Recht auf Versammlungsfreiheit ein unverzichtbares Grundrecht. Sie stellt eine wichtige Partizipationsmöglichkeit des Bürgers dar und darf in einem Rechtsstaat nicht auf Kosten von Menschen- und Bürgerrechten geändert werden.

Antrag L-32 (Carsten Labudda)

Nach Zeile 287 neu einfügen:

Im ersten Schritt ist die Verstümmelung des Versammlungsrechts durch die schwarz-gelbe Landesregierung zurück zu nehmen.

Antrag L-33 (Linksjugend solid Baden-Württemberg, Franziska Stier)

Nach Zeile 287 neu einfügen:

Die LINKE setzt sich für eine vollkommene Versammlungsfreiheit ein und lehnt Einschränkungen derselben ab. Die Polizei darf nicht das Recht haben eine Versammlung einzukesseln oder aufzulösen, solange keine Volksverhetzung oder Gewalt stattfindet. Es dürfen auch keine Video- oder Bildaufnahmen von der Polizei angefertigt werden. Die bloße Vermummung soll nicht mehr als Straftat angesehen werden. Über die korrekte Ausführung der Polizeiarbeit soll eine unabhängige Kontrollinstanz wachen. Bei Nicht-Einhalten der Vorschriften ist ein Ermittlungsverfahren einzuleiten und dessen Ergebnis unter Berücksichtigung der Sicherheit des Polizisten, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

- 287 ★ Schluss mit einer Politik, die unter dem Vorwand der "Sicherheit" die Freiheitsrechte der
288 Menschen beschneidet. Konsequenter Datenschutz und ein Anspruch auf Einsicht in per-
289 sönliche Datensätze gehören dazu.
- 290 ★ Den Zugang zu Informationen, gerade in den Bereichen Verbraucherschutz und soziale
291 Rechte, zu erleichtern. Unabhängige Beratungs- und Schlichtungsstelle sind einzurichten,
292 die Menschen bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützen.

Antrag L-34 (Carsten Labudda)

VOM LANDESVORSTAND ÜBERNOMMEN

Nach Zeile 292 neu einfügen:

Hierzu ist ein bürgerfreundliches Informationsfreiheitsgesetz für Baden-Württemberg zu schaffen.

- 293 ★ Eine Verstärkung der Angebote politischer Bildung, die mehr Menschen ermutigt, sich
294 politisch einzumischen